Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7016

26. 04. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung

Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag tritt für die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze ein, wie sie im Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen sowie im Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen beschrieben ist. Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Der Deutsche Bundestag wird alsbald, spätestens am 17. Juni 1990, mit der Volkskammer zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten, um feierlich einen Verzicht auf jegliche Grenzveränderung im Zusammenhang mit der Vereinigung beider deutscher Staaten zu erklären. Der Deutsche Bundestag und die Volkskammer bekräftigen auf diese Weise, daß von der Vereinigung beider deutscher Staaten keinerlei Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens der Völker in ganz Europa ausgehen wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Vorschlag des polnischen Außenministers entsprechend, danach gemeinsam mit der Regierung der DDR einen Grenzvertrag über den jetzt bestehenden Grenzverlauf mit der Republik Polen zu paraphieren. Dieser Vertrag soll nach der Vereinigung von der deutschen Regierung unterschrieben und vom Parlament ratifiziert werden.

Bonn, den 26. April 1990

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333